

Protokoll

über die Sitzung des Ausländerbeirates am 17. Dezember 2019 im
Kurfürstenzimmer des Stadtschlusses

Beginn: 18:00 Uhr, Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

Nihat Dalmis, Abdulkerim Demir, Mehmet Dokuzoglu, Maka Hussein, Dr. Naim Wardak

Nicht anwesend:

Fazel Karadavut (nicht entschuldigt), Engin Kilinc (nicht entschuldigt), Merve Sesen (nicht entschuldigt), Menka Smileska (entschuldigt)

Von den Vertretungskörperschaften:

Siehe Anhang Anwesenheitsliste

Gäste:

Siehe Anhang Anwesenheitsliste

Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und dass das Gremium noch nicht beschlussfähig ist (3 Stimmberechtigte sind anwesend). Gegen die Tagesordnung und das Protokoll bestehen keine Einwände seitens der anwesenden Mitglieder.

TOP 1: Sucht und Drogen bei Jugendlichen

Der Vorsitzende berichtet über die Ausgangssituation bezüglich der Thematik und die bisherigen Überlegungen des Ausländerbeirates über einen Plakatentwurf (siehe vorangehende Protokolle).

Herr Nihat Dalmis trifft um 18.11 Uhr ein.

Frau Carmen Adenaw vom Staatlichen Schulamt stellt sich vor. Sie ist Schulpsychologin und zuständig für den Bereich Sucht und Drogen an Fuldaer Schulen. Unter anderem berät sie die Schulen und ist Ansprechperson für alle aufkommenden Fragen. Frau Adenaw erklärt, dass alle Schulen verpflichtet sind ein Präventionskonzept zu entwickeln und hierfür einen zuständigen Lehrer oder eine Lehrerin haben, der oder die für diesen Bereich eine zusätzliche Entlastungsstunde hat. Die Schulen können selbst entscheiden, wo, wie und wie viele Stunden umgesetzt werden. Frau Adenaw, sowie die Schulen selbst kooperieren in Ihrer Arbeit mit den Suchtberatungsstellen und versuchen durch verschiedene Programme und Ansätze die Jugendlichen stark zu machen und Lebenskompetenzen zu stärken. Der Schwerpunkt liegt hierbei mehr auf der

Prävention als der Intervention. Ob das Dealen von Drogen an Schulen tatsächlich zugenommen hat, kann Frau Adenaw nicht einschätzen oder bestätigen.

Herr von Donop von der Diakonie stellt sich vor. Er erklärt, dass er vor allem in der Aufklärungsarbeit tätig ist, wo er den Jugendlichen vermittelt, wie sie sich vor Drogen schützen können. Die Aufklärungsarbeit hat bereits unter anderem in Gemeinschaftsunterkünften, in Vereinen und Schulen stattgefunden. Schwerpunkte sind hierbei die Frühintervention, sowie Beratungs- und Präventionsarbeit. Hierzu gibt es diverse Projekte und Programme (siehe Anhang). Die häufigsten Drogen, die seines Erachtens aktuell konsumiert werden, sind nach wie vor Alkohol und Tabak. Des Weiteren gibt es immer Anfragen zu Cannabis, bei dem die Zahlen ungefähr seit 2016/17 zugenommen haben. Außerdem ist im Bereich Mediensucht ein Anstieg zu verzeichnen. Auch die Netzwerkarbeit mit anderen Stellen wie der Polizei, dem Jugendamt oder der Caritas bildet einen Schwerpunkt in der Arbeit der Diakonie.

Herr Schütte von der Caritas stellt sich vor. Er stimmt den Bedenken des Ausländerbeirats zu und berichtet, dass seiner Erfahrung nach Cannabis schon seit 2012 auf dem Vormarsch sei, sowie sogenannte „Partydrogen“ und Amphetamine. Vor allem die Kombination verschiedener Drogen sei angestiegen und sehr gefährlich. Hiervon seien alle Schulen, die eine Mittel- oder Oberstufe haben, betroffen. Er erklärt, dass Schüler, die erwischt werden meist nur die „kleinen Fische“ sind, die sich ihren Eigenkonsum finanzieren.

Frau Maka Hussein trifft um 18.33 Uhr ein, das Gremium ist somit mit 5 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

Herr Schütte ist der Meinung, dass die bloße Strafverfolgung von Jugendlichen nichts bringe, sondern Aufklärung wichtiger sei. Dies sei zwar langwieriger, jedoch wirke es langfristig am besten. Früher sei man vor allem den Weg der Abschreckung gegangen, heute setze man seinen Schwerpunkt jedoch eher bei der Stärkung der Kompetenzen der Jugendlichen („Nein-Sagen“).

Im Gremium werden verschiedene Möglichkeiten erörtert, wie der Ausländerbeirat sich in dem Thema Sucht und Drogen einbringen kann. Nach wie vor besteht die Idee eines Plakats, auf dem auf die Beratungsstellen und auf den Kontakt zur Polizei hingewiesen kann. Dies soll in Kooperation mit der Caritas, der Diakonie, dem Jugendamt, dem Schulamt und der Polizei geschehen. Herr Demir wird einen Plakatentwurf erstellen und den Beteiligten zukommen lassen. Im neuen Jahr soll dann darüber abgestimmt werden. Des Weiteren könnte der Ausländerbeirat die Stadt auf das Thema hinweisen und z.B. ein höheres Budget für Präventionsarbeit in der SV beantragen. Des Weiteren kam die Idee auf mit dem Stadtalternbeirat zu kooperieren um so mit den Eltern in Kontakt zu kommen und diese für das Thema zu sensibilisieren.

TOP 2: Ausländerbeiratswahl 2020

Die agah hatte am 21.11.2019 ein Gespräch mit den Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag. Hierbei ging es um die „Verbesserung der politischen Beteiligung hier lebender Ausländerinnen und Ausländer“ (siehe Anhang). Grundsätzlich geht es hierbei um eine Gesetzesänderung, die besagt, dass alle hessischen Kommunen mit über 1000 ausländischen Einwohnern ab der nächsten Wahlperiode die Möglichkeit haben zwischen der Etablierung einer sogenannten Integrations-Kommission oder einem Ausländerbeirat, wie er bisher besteht, zu wählen. Außerdem soll die im November 2020 angesetzte Wahl auf März 2021 verschoben und somit mit der Kommunalwahl zusammengelegt werden.

Die agah appelliert an die hessischen Ausländerbeiräte, den Vorschlag der Hessischen Regierung abzulehnen und in ihren Kommunen die Ausländerbeiräte zu behalten.

Herr Demir hält die geplante Gesetzesänderung für nicht demokratisch, da die geplante Integrationskommission nicht direkt von der ausländischen Bevölkerung gewählt wird. Außerdem befürchtet er, dass nur „gesinnungsfreundliche“ Personen in die Kommission berufen werden und dadurch kritische Stimmen kein Gehör mehr finden. Herr Dokuzoglu ergänzt, dass er eine demokratische Legitimation des Ausländerbeirats jedoch als fragwürdig erachtet, solange die Wahlbeteiligung so gering ist. Der Vorsitzende schlägt trotzdem vor, den Gesetzesentwurf des Land Hessens abzulehnen und, dass eine Kommission nur gebildet werden soll, wenn keine Liste für die AB-Wahl zustande kommt. Sofern sich eine Liste von Kandidaten für die AB-Wahl bildet, soll der Ausländerbeirat in seiner jetzigen Form beibehalten werden.

Beschluss: Der Ausländerbeirat lehnt die Vorgehensweise der Hessischen Landesregierung ab. Wenn jedoch keine Liste gebildet werden kann, soll eine Integrations-Kommission etabliert werden.

4 – Ja – Stimmen

1 – Enthaltung

TOP 3: Termine Sitzungen 2020

Für die Sitzungen im Jahr 2020 sind folgende Termine vorgesehen:

- Di, 04.02.20
- Di, 31.03.20
- Di, 02.06.20
- Di, 25.08.20
- Di, 20.10.20
- Di, 15.12.20

TOP 4: Verschiedenes

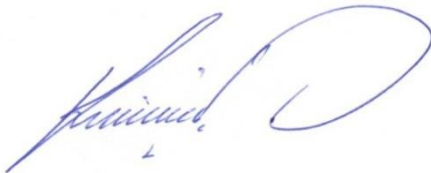
Die Begründung zur Ablehnung des Vorschlags zum Kommunalwahlrecht in der Stadtverordnetenversammlung am 21.10.2019 wird dem Protokoll angehängt.

Die nächste Sitzung des Ausländerbeirates findet am

**Dienstag, den 04.02.2020 um 18:00 Uhr im Kurfürstenzimmer des
Stadtschlusses**

statt.

Fulda, den 10.02.2020



Abdulkarim Demir
(Vorsitzender)



Antje Freudling
(Protokollführerin)

Anwesenheitsliste – Gäste- Ausländerbeiratssitzung 17. Dezember 2019

| Name, Vorname | Organisation/Partei/Verein |
|------------------|--------------------------------|
| Adenaw, Carmen | Staatliches Schulamt Fulda |
| Von Donop, Axel | Suchtprävention Diakonie Fulda |
| Schütte, Michael | Suchtberatung Caritas |
| Yilmaz, Özcan | Polizeipräsidium Osthessen |
| Savoji, Hashem | Fraktion Grüne |
| Möllene, Stefan | Stadt Fulda, Amt 51 |